

Medienkompetenz | 09.01.2026 | Nr. 2/26

Martin Balasus: Kinder- und Jugendschutz ist keine Entmündigung

Zu der aktuellen Diskussion rund um ein Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige und den Reaktionen von Seiten der Schülerschaft sagt Martin Balasus, bildungspolitischer Sprecher:

„Der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist keine Bevormundung, sondern eine staatliche Pflicht. Wer Verantwortung ernst nimmt, muss auch den Mut haben, Grenzen zu setzen. Die sogenannten Sozialen Medien sind längst nicht mehr nur Orte des Austauschs. Sie sind Geschäftsmodelle, die mit Aufmerksamkeit, Emotionen und Abhängigkeiten arbeiten. Gerade Kinder und Jugendliche sind diesen Mechanismen besonders schutzlos ausgeliefert. Wir sehen seit Jahren zunehmende psychische Belastungen, Cybermobbing, Konzentrationsprobleme und sozialen Druck, maßgeblich verursacht durch einen viel zu hohen Social-Media-Konsum. Diese Realität darf Politik nicht ignorieren“, so Balasus.

Mit Blick auf frühere Debatten ergänzt er: „Auch beim Handynutzungsverbot an Schulen gab es zunächst Kritik von unterschiedlichsten Seiten. Heute berichten viele Schulen aber von mehr Ruhe, mehr Aufmerksamkeit und einem besseren Miteinander. Ein Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige richtet sich nicht gegen Jugendliche, sondern gegen Plattformen, die bislang viel zu wenig Verantwortung übernehmen. Die eigentliche Entmündigung findet doch dort statt, wo ein vom chinesischen Staat beeinflusster Konzern wie TikTok unbegrenzt Einfluss auf junge Menschen nehmen kann.“

Zur Forderung nach mehr Medienkompetenz erklärt Balasus: „Medienbildung ist wichtig und bleibt unverzichtbar. Aber Medienbildung ersetzt keinen Jugendschutz. Verkehrserziehung macht ja auch keine roten Ampeln überflüssig.“